

## **GSP-03** Grundwerte: Die Werte, die uns einen

Gremium: Bundesvorstand  
Beschlussdatum: 23.06.2020  
Thema: Grundsatzprogramm

### Text

- 1 (1) Im Mittelpunkt unserer Politik steht der Mensch in seiner Würde und Freiheit. Jeder  
2 Mensch ist einzigartig und frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Die universellen  
3 und unteilbaren Menschenrechte sind Anspruch und Maßstab unserer Politik.
- 4 (2) Die Werte, die unsere Politik tragen, sind Ökologie, Gerechtigkeit, Selbstbestimmung,  
5 Demokratie und Frieden. Dieses Fundament bildet für uns die Grundlage für eine solidarische  
6 Gesellschaft, in der sich die Freiheit der und des Einzelnen auch in der Achtung der Anderen  
7 als Gleiche sowie in ihrer Würde und Freiheit entfaltet.
- 8 (3) Diese Werte, die auf dem Prinzip der Menschenwürde beruhen, ergänzen sich nicht nur, sie  
9 stehen mitunter auch im Widerstreit. Werteorientierte Politik braucht also Gespräch und  
10 Streit, Gestaltung und Erneuerung. Nur ein geschlossenes Weltbild kennt keine Widersprüche.  
11 Eine demokratische Gesellschaft realisiert sich weder in Werte- oder Regellosigkeit noch in  
12 starren Dogmen, sondern indem das Verhältnis der Werte zueinander immer wieder konkret  
13 ausverhandelt wird. Das ist grundlegende Voraussetzung für die Legitimität von Politik.
- 14 (4) Politik gestaltet die Wirklichkeit im Heute für das Morgen und im Bewusstsein für das  
15 Gestern. Ohne Woher kein Wohin. Wir blicken nach vorne, im Wissen um die geglückten  
16 Erfahrungen und Katastrophen unserer Geschichte. Als Europäer\*innen handeln wir im  
17 Bewusstsein einer Verantwortung für globale Gerechtigkeit auf Grundlage der Bürger- und  
18 Menschenrechte, wie sie sich in Deutschland im Grundgesetz manifestieren. Die Lehren aus den  
19 Menschheitsverbrechen des Nationalsozialismus sind uns Verpflichtung.
- 20 (5) Unsere Politik richtet sich an alle Menschen. Wir verstehen uns als Bündnispartei, die  
21 auf der Grundlage gemeinsamer Überzeugungen offen ist für unterschiedliche Erfahrungen,  
22 Vorstellungen und Ansätze. Sie orientiert sich nicht an der Summe einzelner Interessen oder  
23 einzelner Gruppen, sondern verbindet verschiedene Interessen zu einer gemeinsamen Vision für  
24 die Zukunft. Das kann anstrengend sein, aber nur so entsteht aus den vielen verschiedenen  
25 Erfahrungen und Ideen Neues.
- 26 (6) Jede Zeit hat ihre Aufgabe. Die Aufgabe unserer Zeit ist, eine krisenfeste Gesellschaft  
27 demokratisch zu gestalten. Dazu ist Wohlstand im Sinne von Klimaneutralität, Vorsorge und  
28 Gerechtigkeit neu zu definieren und die Politik darauf auszurichten. Um Krisen zu meistern,  
29 braucht es Zusammenhalt – in einer Gesellschaft, die allen Bürger\*innen die gleichen Rechte  
30 und Möglichkeiten gewährt, die die Unterschiedlichkeit von Menschen und Regionen als Stärke  
31 und Wert begreift, die Minderheiten schützt und die Spannungen durch Respekt ausgleicht. Wir  
32 streben nach einem gemeinsamen Wir in einer vielfältigen Gesellschaft.

### **Ökologie**

- 34 (7) Die Umwelt des Menschen zu schützen und zu erhalten ist Voraussetzung für ein Leben in  
35 Würde und Freiheit. Sauberes Wasser und saubere Luft, Artenvielfalt und fruchtbare Böden  
36 sind notwendige Bedingungen für unsere Entfaltungsfreiheit und Emanzipation. Eine Politik,

37 welche die natürlichen Lebensgrundlagen schützt, erhält die Möglichkeit zur Selbstbestimmung  
38 für uns und künftige Generationen. Das 21. Jahrhundert ist das Zeitalter des Anthropozän.  
39 Darin ist der Mensch zum entscheidenden Einflussfaktor dafür geworden, wie sich unsere Erde  
40 verändert. Die Natur braucht uns nicht. Wir brauchen sie.

41 (8) Das Wissen um die planetaren Grenzen ist Leitlinie unserer Politik. Denn wenn wir durch  
42 unser Handeln die ökologischen Belastungsgrenzen in Bereichen wie Artenvielfalt,  
43 Klimaerhitzung oder Meeresversauerung überschreiten, sind die Stabilität unseres Ökosystems  
44 und die Lebensgrundlagen der Menschen gefährdet. Es ist unsere Aufgabe, uns durch  
45 technologischen, wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt zum Wohle der Menschen so  
46 nachhaltig weiterzuentwickeln, dass wir unsere Lebensgrundlagen bewahren und den Weg in die  
47 ökologische Moderne einschlagen.

48 (9) Wir haben nur diese eine Erde, in ihrer Schönheit und natürlichen Vielfalt. Menschen  
49 sind nicht die einzigen Lebewesen, die fühlen. Daher ist es Pflicht für uns Menschen, das  
50 Wohl von Tieren und die gesamte lebendige Natur zu schützen.

51 (10) Eine intakte Umwelt ist Voraussetzung für Gesundheit. Der Erhalt unserer natürlichen  
52 Lebensgrundlagen und die Maßnahmen zur Eindämmung der Klimakrise verhindern massive  
53 Gesundheitsschäden und schützen im Sinne der Vorsorge die Gesundheit zukünftiger  
54 Generationen.

55 (11) Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt. Ziel einer nachhaltigen Entwicklung  
56 ist auch die ökologische Gerechtigkeit zwischen den Generationen. Es ist unsere  
57 Verpflichtung, ihnen faire Handlungsspielräume und Entscheidungsfreiheiten zu ermöglichen.

58 (12) Die Klimakrise und Zerstörung unserer Lebensgrundlagen verschärft bestehende  
59 Ungleichheiten und trifft damit insbesondere Frauen. Ökologische Maßnahmen müssen von Frauen  
60 mitgestaltet werden. Nachhaltigkeit bedeutet auch Geschlechtergerechtigkeit.

61 (13) Unter der Zerstörung der Natur leiden diejenigen früher und am stärksten, die dazu am  
62 wenigsten beitragen und ihr am wenigsten entgehen können. Wo reiche Menschen sich noch  
63 teilweise anpassen können, spüren andere die Folgen mit brutaler Härte. Ökologie und  
64 Klimapolitik sind eine Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit. Jedoch können ökologische  
65 Maßnahmen in Widerspruch zu sozialen Interessen geraten. Daher muss ökologische Politik  
66 soziale Interessen immer miteinbeziehen.

67 (14) Wir denken Ökologie global. Ein Leben in Würde und Freiheit bedeutet ein Recht aller  
68 Menschen auf Selbstbestimmung und Teilhabe. Globale Umweltgerechtigkeit nimmt die  
69 historische Verantwortung der Industriestaaten für die Zerstörung der Umwelt in den Blick.  
70 Deshalb sind wir in der Pflicht, die ökologischen und sozialen Kosten unseres Wirtschaftens  
71 zu reduzieren, statt sie in andere Weltregionen zu verlagern, sowie diejenigen zu  
72 unterstützen, die schon heute stark von Umweltzerstörungen betroffen sind und das in Zukunft  
73 noch stärker sein werden.

74 (15) Eine nachhaltige Wirtschaftsweise schützt nicht nur Lebensgrundlagen, sondern erhöht  
75 auch Wohlstand und Lebensqualität. Das erfordert eine grundlegende Dekarbonisierung unserer  
76 Wirtschaft und unserer Lebensweise, für die in den kommenden Dekaden erhebliche  
77 Investitionen notwendig sind.

78 (16) Der Weg in die ökologische Moderne sichert Demokratie und Selbstbestimmung für heute  
79 und für künftige Generationen. Sonst verlieren wir, was wir mit dem Klima schützen: Freiheit  
80 und Würde. Demokratische Verfahren bringen die Kreativität und den gesellschaftlichen  
81 Zusammenhalt hervor, die es zur Bewältigung der ökologischen Krisen braucht.

## 82 **Gerechtigkeit**

83 (17) Die Würde und Freiheit des Menschen werden in einer gerechten und solidarischen

84 Gesellschaft verwirklicht. Solidarität schafft gesellschaftlichen Zusammenhalt.  
85 Gerechtigkeit heißt für uns gleiche und größtmögliche Freiheit für alle. Sie ist die  
86 Grundlage für ein gutes Leben.

87 (18) Gerechtigkeit bedeutet mehr als ein Leben ohne Armut. Soziale Gerechtigkeit braucht  
88 einen starken Sozialstaat, der nicht nur materielle Sicherheit und Teilhabe gewährleistet  
89 und Menschen vor Armut schützt, sondern über starke öffentliche Räume und Institutionen die  
90 Voraussetzungen für ein selbstbestimmtes, glückliches Leben schafft. Jeder hat das Recht auf  
91 materielle Sicherheit und soziale Teilhabe sowie ein Leben frei von existenzieller Not.

92 (19) Eine gerechte Gesellschaft ermöglicht, gleichberechtigt am gesellschaftlichen Leben  
93 teilzunehmen. Das verlangt starke öffentliche Räume und Institutionen – gute Schulen,  
94 Schwimmbäder und Sportplätze, Bibliotheken und Theater, einen gut ausgebauten öffentlichen  
95 Nahverkehr, Internetversorgung für alle, gute gesundheitliche Versorgung und gleichwertige  
96 Lebensverhältnisse in der Stadt und auf dem Land. In Zeiten der Individualisierung, in der  
97 sich viele Menschen einsam fühlen, sind solche Orte von besonderer Bedeutung.

98 (20) Die Finanzierung einer starken Daseinsvorsorge ist öffentliche Aufgabe.

99 (21) Gute Bildung ist Voraussetzung für Gerechtigkeit. Wir brauchen ein ganzheitliches und  
100 am Menschen ausgerichtetes Bildungssystem. Das Vertrauen, dass wir die Zukunft für uns und  
101 die Generationen nach uns bewahren und gestalten können, ist ein notwendiger Antrieb für  
102 gesellschaftlichen Fortschritt.

103 (22) Eine Gesellschaft ist dann sozial, wenn ihr Wohlstand gerecht verteilt ist.  
104 Unregulierter Kapitalismus produziert Ungleichheit und Machtkonzentration. Zu große  
105 Ungleichheit bedroht den Zusammenhalt der Gesellschaft und damit einen Pfeiler der  
106 Demokratie. Aufgabe von Politik ist es, durch Regulierung, Investitionen und Steuern  
107 Ungleichheit zu reduzieren und einen Ausgleich zu schaffen. Große Vermögen bringen soziale  
108 Verpflichtungen mit sich.

109 (23) Alle Menschen sollen unabhängig vom Geschlecht an der Gesellschaft teilhaben können.  
110 Gerechtigkeit bedeutet, dass bezahlte und unbezahlte Arbeit, Einkommen, Zugang zu Bildung,  
111 Eigentum und Zeit zwischen den Geschlechtern gerecht verteilt sind.

112 (24) Wirtschaft dient dem Menschen und nicht andersherum. Soziales und ökologisches  
113 Wirtschaften schafft Innovation und Fortschritt und trägt so zu einer gerechten Gesellschaft  
114 bei. Dafür braucht es gemeinsame Regeln, die fairen Wettbewerb ermöglichen und die  
115 Konzentration von Macht verhindern. Eine sozial-ökologische Marktwirtschaft trägt dazu bei,  
116 dass Menschen sich verwirklichen können, Informationen effektiv genutzt werden, Wohlstand  
117 zum Wohle aller entsteht und die Versorgung mit grundlegenden Gütern gewährleistet ist.

118 (25) Um globale Gerechtigkeit zu ermöglichen, muss das Weltwirtschaftssystem ein sozial-  
119 ökologisches werden, das nach demokratischen Regeln organisiert ist und auf der Grundlage  
120 von Kooperation und Solidarität beruht.

## 121 **Selbstbestimmung**

122 (26) Menschen begegnen sich als Gleiche – in ihren Rechten und ihrer Würde. Selbst über das  
123 eigene Leben bestimmen zu können, macht die Würde und Freiheit eines Menschen aus. Politik  
124 hat die Aufgabe, die Freiheit und das Recht zur Selbstbestimmung zu schützen. Sie erkennt  
125 Unterschiede an und verhindert undemokratische und damit ungerechtfertigte Herrschaft.  
126 Voraussetzung für Selbstbestimmung, Freiheit und eine freie Entfaltung ist eine  
127 Gesellschaft, in der weder der soziale Status, das Geschlecht oder die Herkunft noch die  
128 Religion oder äußere Merkmale noch das Alter oder die körperliche Verfassung noch die  
129 sexuelle Orientierung oder die sexuelle Identität einen Einfluss darauf haben, wer  
130 dazugehört und wer nicht. Freiheit muss gesellschaftlich aktiv ermöglicht werden.

131 (27) Selbstbestimmtes Leben ist auf soziale, rechtliche, demokratische und ökologische  
132 Voraussetzungen angewiesen, sonst bleibt es das Privileg weniger. Freie Entfaltung braucht  
133 Sicherheit und Schutz vor Gewalt und Kriminalität. Informationelle Selbstbestimmung und  
134 informationstechnische Sicherheit sind im digitalen Zeitalter zu garantieren.

135 (28) Selbstbestimmtes Leben setzt wirtschaftliche Freiheit voraus. Die Freiheit, den Beruf  
136 zu wählen, Verträge zu schließen und ein Gewerbe oder Unternehmen zu gründen, gehört dazu.  
137 Jede und jeder hat das Recht, in einer Gewerkschaft für gute Arbeitsbedingungen und Löhne zu  
138 kämpfen. Wirtschaftliche Freiheit gewährleistet Eigentumsfreiheit, die sozial verpflichtet.

139 (29) In einer Welt, in der die Anforderungen an jede\*n Einzelne\*n steigen, in der alle immer  
140 schneller, anpassungsfähiger und immer besser sein müssen, darf es auch Schwäche geben.  
141 Jeder Mensch verdient Wertschätzung und Anerkennung für seine individuellen  
142 Lebensentscheidungen, solange sie nicht zulasten Dritter gehen.

143 (30) Freiheit bedeutet Verantwortung für sich selbst und für andere. Sie fordert Individuen  
144 und Gesellschaft heraus. Sie verlangt uns allen etwas ab. Freiheit und Selbstbestimmung  
145 finden ihre Grenze dort, wo durch sie anderen Menschen und zukünftigen Generationen Freiheit  
146 und Selbstbestimmung genommen werden. Nur demokratische und rechtsstaatliche Verfahren  
147 können die Einschränkung von Freiheit und Selbstbestimmung legitimieren.

148 (31) Eine gleichberechtigte Gesellschaft ist eine, in der Frauen selbstbestimmt über ihr  
149 Leben und ihren Körper entscheiden können. Das setzt die Emanzipation von Verhältnissen der  
150 Unterdrückung und der Gewalt voraus. Wir stehen an der Seite von Frauen, die global für ihr  
151 Selbstbestimmungsrecht streiten.

152 (32) Kinder sind keine kleinen Erwachsenen. Sie haben eigene Rechte auf Förderung ihrer  
153 Entwicklung, auf Schutz, Teilhabe und Bildung. Selbstbestimmung ist nur möglich, wenn allen  
154 Kindern und Jugendlichen gleiche Chancen gegeben werden.

## 155 **Demokratie**

156 (33) Demokratie heißt gleiche politische Freiheit für alle. Die Demokratie lebt von  
157 Voraussetzungen, die sie selbst nicht garantieren kann. Deshalb braucht sie Demokratinnen  
158 und Demokraten. Demokratie steht nie still. Sie entwickelt sich immer weiter. Demokratie ist  
159 die Staatsform, die zur Selbstkorrektur in der Lage ist.

160 (34) Demokratie ist mehr als die Herrschaft der Mehrheit, denn sie garantiert den Schutz von  
161 Menschen-, Freiheits- und Minderheitenrechten auf Grundlage eines liberalen Rechtsstaates.  
162 Sie braucht Bürger\*innen, die sie aktiv verteidigen und ihr immer wieder neue Kraft geben.  
163 Das ist der beste Schutz gegen die Zerstörung von innen.

164 (35) In einer Demokratie eignen sich Menschen ihre Zukunft gemeinsam an und verwandeln  
165 äußeres Geschehen in gemeinsame Entscheidungen. Demokratie ist anstrengend. Sie braucht  
166 respektvollen Streit genauso wie den Kompromiss. Voraussetzung für die gleichberechtigte  
167 Teilhabe aller ist die politische Gleichheit der Menschen, die durch Bürger- und  
168 Menschenrechte garantiert wird. Demokratie braucht Freiheit und ist sogleich an soziale  
169 Voraussetzungen und Solidarität gebunden.

170 (36) Gewaltenteilung und ein starker Rechtsstaat tragen eine demokratische Gesellschaft. Der  
171 Rechtsstaat verankert das Gewaltmonopol des Staates und hegt es ein.

172 (37) Wir stehen für eine inklusive, vielfältige Demokratie. In einer immer diverser  
173 werdenden Gesellschaft sehen wir die Aufgabe, Unterschiede anzuerkennen und  
174 Gleichberechtigung zu schaffen. Demokratie ermöglicht ein gesellschaftliches Wir, das nicht  
175 in Partikularinteressen auseinanderfällt. Sie wird reicher durch den Respekt vor  
176 verschiedenen Erfahrungen.

177 (38) Allen Geschlechtern kommt in der Demokratie gleiche Gestaltungs- und Entscheidungsmacht  
178 zu. Um Frauen an allen demokratischen Prozessen gleichberechtigt zu beteiligen, braucht es  
179 Parität sowie Lebensbedingungen, die allen ermöglichen, Erwerbsarbeit sowie  
180 gesellschaftliche und politische Arbeit zu vereinbaren.

181 (39) Demokratie ist eine öffentliche Angelegenheit. Der demokratische Meinungsstreit braucht  
182 eine starke und lebendige Zivilgesellschaft, Engagement und Bürgerbeteiligung, starke und  
183 freie Medien sowie gute Bildungseinrichtungen. Für die offene Auseinandersetzung nach klaren  
184 Regeln braucht Demokratie immer wieder Innovationen und Parteien, in denen sich Menschen  
185 zusammenfinden, um Meinungen zu bündeln und sich mit Programmen und Haltungen der  
186 öffentlichen Debatte und der Entscheidung zu stellen.

187 (40) Demokratie ist darauf angewiesen, dass sich Menschen einmischen und repräsentiert  
188 sehen. Demokratie braucht Zugänge und auch direkte Beteiligung, um die unterschiedlichen  
189 Perspektiven und Positionen in den demokratischen Prozess einbringen zu können.

190 (41) Demokratie beruht auf nachvollziehbaren Entscheidungswegen und auf Transparenz über  
191 Einflussnahme – etwa durch Unternehmen, Lobbyismus oder andere Staaten. Ein zu starker  
192 Einfluss bestimmter Gruppen und ökonomischer Interessen untergräbt die Eigenständigkeit und  
193 Glaubwürdigkeit politischen Handelns und muss eingegrenzt werden.

194 (42) Der Schutz, die Förderung und die Gewährleistung der Menschenrechte sind konstitutiv  
195 für die Demokratie. Sie sind insbesondere in den Menschenrechtskonventionen der Vereinten  
196 Nationen, in der Europäischen Menschenrechtskonvention, in der Grundrechtecharta der  
197 Europäischen Union sowie im Grundgesetz verbindlich garantiert.

198 (43) Der Föderalismus in Deutschland ist eine Lehre aus dem düstersten Kapitel unserer  
199 Geschichte und verhindert zentralstaatliche Übergriffe auf die Bürgerrechte. Er verpflichtet  
200 zur Kooperation. Das Zusammenspiel von Bund, Ländern und Kommunen sichert demokratische und  
201 soziale Stabilität. Es stärkt vielfältige Regionen und sorgt für eine nahbare, ansprechbare  
202 Politik. Im Streben nach gleichwertigen Lebensverhältnissen tragen Bund und Länder  
203 gemeinsame Verantwortung.

204 (44) Die europäische Integration ist konstitutiv – sie zu einer Föderalen Europäischen  
205 Republik ökologisch, sozial und demokratisch weiterzuentwickeln ist Voraussetzung und Teil  
206 einer demokratischen Gestaltung globaler Fragen.

## 207 **Frieden**

208 (45) Gelebte Freiheit und garantierte Würde benötigen Frieden. Das Zusammenleben der  
209 Menschen fußt auf der Fähigkeit, Konflikte gewaltfrei und friedlich zu lösen und die  
210 Menschenrechte aller zu wahren. Wo Gewalt friedliche Politik verneint, können Menschenrechte  
211 und Gewaltfreiheit in Konflikt geraten. Wir setzen auf die Mittel der Politik, die dem Geist  
212 der Kooperation in globaler Verantwortung entsprechen.

213 (46) Würde, Freiheit und Gleichheit ergeben sich aus der Universalität und Unteilbarkeit der  
214 Menschenrechte. Die verbrieften Menschenrechte sind nicht verhandelbar – weder gegenüber  
215 machtpolitischen oder wirtschaftlichen Interessen noch gegenüber einem kulturellen  
216 Relativismus. Die Würde jedes Menschen ist unantastbar. Dies zu gewährleisten ist  
217 Verpflichtung nationaler und internationaler Politik. Wir tragen als internationale  
218 Gemeinschaft Verantwortung, gegen schwerste Menschenrechtsverletzungen und Völkermord im  
219 Rahmen der Vereinten Nationen vorzugehen.

220 (47) Gewaltfreiheit ist mehr als die Nichtanwendung von physischer Gewalt, Frieden mehr als  
221 die Abwesenheit von Krieg. Kooperation, Dialog, demokratischer Ausgleich von Interessen und  
222 die Stärke des Rechts, genauso Multilateralismus, internationale Partnerschaft und

223 europäische Einigung sind der Weg, um globale Herausforderungen, vor denen die Menschheit  
224 als Ganzes steht, zu bewältigen.

225 (48) Frauenrechte sind Menschenrechte. Die Verwirklichung von Frauenrechten, der Schutz vor  
226 geschlechtsspezifischer Verfolgung und Diskriminierung sowie eine aktive Mädchen- und  
227 Frauenförderung in allen Bereichen sollen die internationale Politik leiten.

228 (49) Das vereinigte Europa ist ein einzigartiges Friedensprojekt. Gegen einen autoritären  
229 Nationalismus ist das Versprechen der europäischen Einigung auf Frieden, Freiheit,  
230 Solidarität und Stabilität wichtiger Anker multilateraler und menschenrechtsorientierter  
231 Politik in der Welt.

232 (50) Humanitäre Verantwortung und internationale Solidarität bestimmen unser politisches  
233 Handeln. Unser Ziel ist eine weltweite Ordnung mit internationalen Institutionen. Sie soll  
234 Frieden, Gerechtigkeit und Freiheit sichern, Armut verringern, den gleichberechtigten Zugang  
235 zu globalen Gemeingütern ermöglichen, Demokratie fördern, die gleichberechtigte Teilhabe von  
236 Frauen und Minderheitengruppen garantieren und das Klima schützen, wie es in den Zielen für  
237 nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen vereinbart ist.

### 238 **Bündnispartei: Gemeinsam in Vielfalt**

239 (51) Als Bündnispartei einen uns die beschriebenen Grundwerte. Wir sind aus verschiedenen  
240 Wurzeln zusammengewachsen. Sie liegen in der Öko- und Anti-Atom-Bewegung, der Frauen- und  
241 Bürgerrechtsbewegung, der Lesben-, Schwulen-, Eine-Welt- und Friedensbewegung sowie der  
242 Freiheitsbewegung der friedlichen Revolution. Wir entwickeln uns seit vier Jahrzehnten  
243 stetig weiter – neue Menschen und neue Perspektiven kommen hinzu und geben unseren Werten  
244 und Zielen Kraft. Unsere Mitglieder und unsere Wähler\*innen sind vielfältig. Die Vielfalt  
245 unserer Partei ist unsere Stärke.